

Law and Order als neues Thema bundesdeutscher Politik?

Wie es zum Wahlerfolg der Schill Partei in Hamburg kam und welche Auswirkungen dies hat

■ Karl-Heinz Reuband

Die Schill-Partei hat es vorgeführt: Mit dem Schüren von Kriminalitätsfurcht und dem Versprechen, härter durchgreifen zu wollen, lassen sich Wahlen gewinnen. Jetzt drohen die anderen Parteien noch bereitwilliger auf den Zug aufzuspringen und ebenfalls auf dem Kriminalitätsticket um Wählerstimmen zu buhlen. Aktuelle Umfragedaten zur Kriminalitätsfurcht und ihrem Einfluss auf die Wahlentscheidung der Hamburger Wähler zeigen allerdings, dass das Kriminalitätsthema erst durch die politisch-mediale Inszenierung zum Kristallisationspunkt der Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Parteien wurde. Wenn diese die Konkurrenz um die »gnadenlosere« Ordnungspolitik nun aufnehmen, werden sie den rechten Populisten erst recht in die Hände spielen.

»Law and Order« – ein Thema kommender Wahlkämpfe?

In der Bundesrepublik ist die Zahl registrierter Straftaten in den letzten Jahren gesunken (Bundeskriminalamt 2001). Und gesunken ist auch die Furcht der Bürger vor Kriminalität (Bundesministerium des Innern 1999, Habich et al. 1999, Reuband 1999, 2001). Doch im Widerspruch zu diesem Trend ist im Herbst des letzten Jahres die Kriminalität zum zentralen Thema eines Wahlkampfes geworden: bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg. Und hier mit bemerkenswerter Konsequenz: mit 19,4 % der Stimmen erreichte die erst ein Jahr zuvor gegründete »Partei Rechtsstaatliche Offensive« (abgekürzt: »Schill Partei«), welche die Kriminalität zum Hauptthema ihres Wahlkampfes gemacht hatte, fast so viele Stimmen wie die CDU.¹ Einen derartig rasanten Popularitätsgewinn einer Partei hat es in der Bundesrepublik bislang nicht gegeben. Und niemals zuvor hatte auch in der Geschichte der Bundesrepublik – anders als in den USA – ein Wahlkampf stattgefunden, bei dem die Kriminalitätsthematik im Vordergrund stand.

Die SPD, die mit Ausnahme lediglich einer Legislaturperiode seit 1946 allein oder in der Koalition mit anderen Parteien ununterbrochen die Regierung gestellt hatte, erreichte mit 36,5 % ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1957 (nur 1997 war es mit 36,2 % noch etwas ungünstiger) und musste auf die Oppositionsbank überwechseln. Und in der neuen Regierungskoalition zwischen CDU, FDP und Schill Partei rückte der

Gründer und Vorsitzende der rechtspopulistischen Partei, Amtsrichter Ronald B. Schill, zum Innensenator und stellvertretenden Bürgermeister auf.

Dem Programm der Schill Partei gemäß (das sich fast ausschließlich dem Kriminalitätsthema widmet) ist eine repressivere Gangart gegenüber Kriminalität angesagt als sie bisher in Hamburg üblich war: u.a. ein härteres Vorgehen gegen Kriminalität und Drogendealer, mehr Polizei auf den Straßen, Auflösung des »Kartells strafunwilliger Jugendrichter«, Einrichtung eines geschlossenen Heimes für jugendliche Intensivtäter, Einsatz von Brechmitteln bei Dealern zwecks Erlangung heruntergeschluckter Drogen, Absenkung des Straffälligkeitsalters von 14 auf 12 Jahre. Und auch wenn das Programm nur in Teilen umgesetzt werden kann, weil die Koalitionspartner eine moderate Variante bevorzugen, das Bundesrecht dies nicht zulässt oder die Finanzmittel zu knapp sind,² bleibt doch als Tatbestand bestehen, dass sich das politische Klima in Richtung verstärkter Kontrolle und Sanktionsandrohung verändert hat.

Die Auswirkungen des Wahlerfolges der Schill Partei auf die politische Kultur der Bundesrepublik sind erheblich. Sie reichen über Hamburg weit hinaus, wird doch von den etablierten Parteien der jähe Aufstieg dieser Partei als Symptom dafür gewertet, dass zentrale Bedürfnisse der Bevölkerung nicht hinreichend befriedigt werden. Die Innere Sicherheit sei offenbar ein zentrales Anliegen der Bürger, und diesem müsse man verstärkt Rechnung tragen, heißt es. Bereits in

der Vorphase des Wahlkampfes versuchte die Hamburger SPD dem Vorwurf eines zu liberalen Umgangs mit Kriminalität und Drogen gegenzusteuern: u.a. durch einen Wechsel des Innensensors und eine Verschärfung ihrer bisherigen Drogenpolitik: mittels vermehrter Polizeipräsenz am Ort der offenen Drogenszene und Einsatz von Brechmitteln für Dealer. Gleichzeitig gaben sich auch Bundespolitiker der SPD, die sich im Hamburger Wahlkampf engagierten, zur Bekräftigung des neuen Kurses als »Hardliner«. So verkündete Innenminister Schily in einem Interview mit der »Hamburger Morgenpost«, die SPD sei eine »Law and Order« Partei (Hamburger Morgenpost 10.9.2001). Diese Äußerung stellt keine verbale Entgleisung oder einen einmaligen taktischen Schachzug dar. An der Selbststilisierung hat Schily später auch nach dem Regierungswechsel in Hamburg festgehalten und sich wiederholt in dieser Weise geäußert: so zur Irritation vieler Delegierter auf dem Bundesparteitag der SPD im November 2001 und ebenfalls auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD im Dezember 2001, auf dem er zum Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl gekürt wurde und wo er – unter großem Beifall der bayerischen Delegierten – verkündete: »Wir dürfen uns den Begriff »Law and Order« nicht von den Reaktionären stehlen lassen« (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 9.12.2001, S.7).

Die Äußerungen sind wohl angemessen nur im Hinblick auf die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen zu interpretieren: in steigendem Maße konkurrieren die Partei darum, in der

Kriminalitätsbekämpfung als »Hardliner« zu gelten. So findet sich eine härtere Gangart gegenüber Kriminalität vermehrt auch in der Rhetorik der anderen Parteien wieder. Die CDU/CSU verkündete bereits, dass die Innere Sicherheit zu den wichtigsten Hauptthemen im kommenden Bundestagswahlkampf gehören werde (vgl. z.B. DER SPIEGEL 42, 2001, S.45). Und selbst die FDP, die in der Vergangenheit in rechtspolitischen Fragen stets ihr liberales Profil betont hatte, ist dazu übergegangen, die Innere Sicherheit zu einem »selbstverständlichen« Thema ihrer Partei zu machen – getreu dem Motto, wonach Freiheit und Sicherheit zwangsläufig zusammen gehören: Ohne Sicherheit keine Freiheit.

In zunehmendem Maße sind die etablierten Parteien von der Sorge getrieben, der Hamburger Wahlerfolg der Schill Partei könne sich in anderen Teilen der Bundesrepublik wiederholen und der eigenen Partei schaden. Und Ronald Schill gibt diesen Befürchtungen Auftrieb: mit der Ankündigung, er würde auch bei den Landtagswahlen in anderen Bundesländern antreten. Rühmte er zunächst noch die »Süd-Länder« Baden-Württemberg und Bayern – ebenso wie Sachsen – in Fragen der Kriminalitätsbekämpfung und verkündete, dort sei eine Partei wie seine nicht nötig, ist er inzwischen dazu übergegangen, dort ebenfalls Landesverbände zu gründen (vgl. DIE WELT 18.10.2001, S. 4). Und von der Gründung von Landesverbänden bis hin zur Beteiligung an Landtagswahlen ist es nun einmal nur noch ein kurzer Schritt. Schon gibt es auf Seiten der Schill Partei Überlegungen, sich bei der nächsten Bundestagswahl zu beteiligen (vgl. FOCUS, 29, 2001, S. 70; Welt am Sonntag 2.12.2001). Und schon wird in den Massenmedien vermehrt die Frage aufgeworfen: »Entscheidet ›Richter Gnadenlos‹ die Bundestagswahl 2002?« (so z.B. DIE WOCHE 7.12.2001, S. 13).

Die Sorge der etablierten Parteien um mögliche Erfolge der Schill Partei beginnen sich auf das kriminalpolitische Klima in der Bundesrepublik auszuwirken. Doch wie sehr trifft die Annahme überhaupt zu, der Wahlerfolg der Schill Partei spiegele allgemeine Bedürfnisse der bundesdeutschen Bevölkerung wider, die Schill Partei hätte daher auch bundesweit ein hohes Rekrutierungspotential? Und wie ist die Paradoxie erklärbar, dass ein rückläufiger Trend in der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik mit dem überraschenden Erfolg der Schill Partei einhergeht? Welchen Stellenwert hat die lokale Kriminalitätsbelastung und welche Bedeutung haben Kriminalitätsbelastung und Kriminalitätsfurcht für das Wahlverhalten? Wir wollen versuchen, diese Fragen unter Rückgriff auf verfügbare empirische Daten zu klären: zunächst soll dies geschehen, indem wir die Stellung Hamburgs bezüglich der Kriminalitätsbelastung bestimmen. In einem weiteren Schritt wollen wir dann die subjektive Reaktion der Bürger auf die Kriminalitätsbedrohung erfassen und dann deren Bedeutung für das Wahlverhalten nachgehen.³

Veränderungen in der Kriminalitätsbedrohung?

Gemessen an der polizeilichen Kriminalstatistik hat sich in der Bundesrepublik in den letzten Jahren die Kriminalitätsbelastung reduziert. Belief sich die Häufigkeitszahl 1993 auf 8.337 Delikte pro 100.000 Einwohner, lag sie im Jahr 2000 nur noch bei 7.625 (vgl. Bundeskriminalamt 2000, S.26). Für Hamburg lässt sich im Langzeitvergleich im gleichen Zeitraum dagegen eher eine Konstanz als ein Rückgang konstatieren. Von einer stärkeren Belastung in der neueren Zeit im Vergleich zur Zeit Anfang der 90er Jahre, die als eine Zunahme der Bedrohung gedeutet werden – und den Aufstieg der Schill Partei als »zwangsläufige« Folge erscheinen lassen könnte – ist nichts zu erkennen. So lag bei der registrierten Kriminalität 1993 die Häufigkeitszahl bei 16.841, im Jahr 2000 bei 16.675.⁴

Wenn Hamburg im Jahr 2000 erstmals zur Stadt mit der höchsten Kriminalitätsbelastung in Deutschland avancierte (was im Wahlkampf zu einem Thema wurde), dann nicht, weil sich dort ein nennenswerter Anstieg in der Bedro-

hung zum Maßstab, hat sich in Hamburg in den letzten Jahren die Bedrohung zwar leicht erhöht: lag die Häufigkeitszahl 1998 noch bei 190, so belief sie sich 1999 auf 195 und im Jahr 2000 auf 233. Im Langzeitvergleich seit 1993 erweist sich die Zahl jedoch als weitgehend stabil. Und im Fall der Wohnungseinbrüche ist sie sogar seit längerem rückläufig (Tabelle 1). Würde man andere schwere Delikte – wie Mord oder Totschlag – zum Maßstab nehmen, die in den Medien gewöhnlich hohe Aufmerksamkeit auf sich ziehen, würde sich an diesem Muster weitgehender Stabilität nichts ändern. So lag die Zahl der erfassten Fälle von Mord und Totschlag im Jahr 2000 bei 5,7 pro 100.000 Einwohner. Im Jahr 1993 lag sie bei 5,5 und damit in etwa auf dem gleichen Niveau. Zwischenzeitlich lag sie mit 7,3 (im Jahr 1997) z.T. sogar etwas höher.

Die neusten Kriminalitätsstatistiken für 2001, die kurzfristige Trends kurz vor der Bürgerschaftswahl abzubilden vermögen, liegen derzeit noch nicht in veröffentlichter Form vor. Aber zur Verfügung stehen die Halbjahreszahlen für den Zeitraum, der unmittelbar der Wahl voranging und der daher besonders bedeutsam ist –

Tabelle 1: Registrierte Kriminalität in Hamburg im Zeitverlauf (Zahl der Delikte pro 100.000 Einwohner)

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Kriminalität (Insgesamt)	16841	15293	16587	15983	17420	16650	16541	16657
davon: Raub auf Straßen, Wegen und Plätzen*	194	160	196	194	214	190	195	233
Wohnungseinbruch	1071	892	851	748	635	637	577	593

* ohne Handtaschenraub

Quelle: Bundeskriminalamt (1994-2001)

hung vollzog, sondern weil – was gewöhnlich übersehen wird – Frankfurt seinen Platz an der Spitze zugunsten von Hamburg verloren hatte: Frankfurts Häufigkeitszahl sank im Jahr 2000 auf 16.168 Delikte pro 100.000 Einwohner. Inwieweit diese Platzierung Bestand hat, bleibt abzuwarten – denkbar sind auch zufällige Schwankungen von Jahr zu Jahr, die zu vorübergehenden Verschiebungen führen. Es ist also nicht auszuschließen, dass Hamburg seinen Platz an der Spitze »gefährlicher« Städte bald wieder verlieren könnte.

Die Entwicklung der Gesamtkriminalität (betrachtet man diese als Indikator für reale Bedrohungsveränderungen) ist nach den referierten Zahlen nicht geeignet, die besondere Thematisierung von Kriminalität im Hamburger Wahlkampf zu erklären. Doch gilt dies auch, wenn man die schweren Formen der Kriminalität zum Maßstab nimmt, die das Sicherheitsgefühl der Bürger gewöhnlich maßgeblich bestimmen – wie Einbruch oder Überfall? Die Frage muss verneint werden. Nimmt man die Zahl der Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen

die Zeit zwischen Januar und Juni 2001. Die Zahlen erbringen für die hier besonders interessierenden Delikte bemerkenswerterweise einen deutlichen Rückgang im Vergleich zum ersten Halbjahr des vorangegangenen Jahres: bei Raubdelikten als Ganzes stellt dieser in absoluten Zahlen immerhin ein Minus von 11 % dar, bei Straßenraub (einschl. Handtaschenraub) als Unterform von Raub ein Minus von 25 % und bei Wohnungseinbrüchen ein Minus von 19 %.⁵ Weder die längerfristigen noch die kurzfristigen Entwicklungen im Bereich der polizeilich registrierten Kriminalität sind somit geeignet, die unerwartete Erfolgsgeschichte der Schill Partei zu erklären.

So wenig spektakulär auch die Veränderungen in der Kriminalitätsbedrohung im längerfristigen Zeitvergleich erscheinen, so sehr nimmt im innerdeutschen Vergleich Hamburg gleichwohl eine herausgehobene Position ein. Hamburg hat unter den Großstädten ab 200.000 Einwohner bei Raubüberfällen auf Straßen, Plätzen und Wegen (ohne Handtaschenraub gerechnet) die höchste Belastung pro 100.000 Einwohner: mit

einem Wert von 233 im Jahr 2000, weit vor Städten wie Frankfurt (118), Düsseldorf und Köln (jeweils 90), Stuttgart (39) und München (20). Auch bei den Wohnungseinbrüchen nimmt Hamburg mit 593 Fällen pro 100.000 Einwohner eine Spitzenstellung ein, gefolgt von Frankfurt (570), Köln (523) und Düsseldorf (414). Demgegenüber weisen Stuttgart (99) und München (138) – wie bei dem zuvor genannten Delikt – besonders niedrige Werte auf (vgl. Bundeskriminalamt 2001). Dass sich in diesen ungleichen Verhältnissen weniger ein unterschiedlich häufiges Vorkommen entsprechender Delikte als eine unterschiedliche Anzeigeneigung der Bürger in den einzelnen Städten widerspiegelt – wie man prinzipiell mutmaßen könnte und dies z.T. auch geäußert wurde –, ist nicht anzunehmen. Denn anders als bei Eigentumsdelikten kann man gerade bei den beiden genannten Deliktarten von einer hohen Anzeigeneigung der Betroffenen ausgehen.

Wie sehr die Häufung bei den schweren Delikten von Raub und Einbruch den Normalbürger in seinem Alltag oder lediglich eine kleine Subgruppe der Bevölkerung – wie z.B. Jugendliche – betrifft, kann an dieser Stelle mangels entsprechender Bevölkerungsbefragungen zur Viktimisierung nicht geklärt werden. Sicher ist: das per-

im Hamburger Wahlkampf in der Tat gekommen. So hat es nicht an Stimmen gefehlt, die auf die Entwicklung der Kriminalität verwiesen und eine bedrohliche Steigerung beschworen. Dies geschah z.B. im März durch eine Presseerklärung des Bundes deutscher Kriminalbeamter, in der die Entwicklungen im Bereich der Kriminalität mit sinkender Personalstärke auf Seiten der Kriminalpolizei in Beziehung gesetzt wurden. Allerdings recht selektiv: es wurden die neuesten Kriminalitätszahlen nur mit denen des Vorjahres verglichen und dadurch eine stärkere Zunahme der Kriminalität suggeriert, als sie im mittel- oder längerfristigen Vergleich gegeben ist. Zum anderen wurden – insbesondere von der Schill Partei und der CDU – wiederholt die Hamburger Zahlen für Einbruchs- und Raubdelikte mit denen aus Stuttgart und München in Beziehung gesetzt und daraus die besondere Dramatik der Hamburger Verhältnisse abgeleitet.

Ebenso wie im Fall der Kriminalitätsbelastung haben auch Verhältnisse im Drogenbereich im öffentlichen Diskurs einen zentralen Platz eingenommen. Und dies nicht ohne Grund: Hamburg hatte bis kurz vor der Bürgerschaftswahl die vermutlich größte offene Drogenszene in Europa. Unmittelbar vor dem Hauptbahnhof, den täglich

maßnahmen?) mögen die Neuetablierung der Drogenszene und neue Drogentrends einen gewichtigen Stellenwert in der öffentlichen Thematisierung und Wahrnehmung des Kriminalitätsproblems erfahren haben.

Öffentlicher Diskurs über Kriminalität und Entwicklung des Problembewusstseins

Wie die Kriminalitätsbedrohung von den Bürgern subjektiv erlebt wird, darüber erlauben repräsentative Umfragedaten gewisse Aufschlüsse. Sie dokumentieren für Hamburg, dass im Herbst 1993, kurz vor der damaligen Bürgerschaftswahl nur 27 % der befragten Bürger die Kriminalität zu den wichtigsten Hamburger Problemen zählten. Im Herbst 1997, ebenfalls kurz vor der Bürgerschaftswahl, war der Wert dann auf 52 % gestiegen (Tabelle 2). In der gleichen Zeit hat sich an der objektiven Bedrohung, gemessen an der Kriminalstatistik, jedoch nichts geändert. Die Häufigkeitszahl für Kriminalität im Jahr 1997 unterscheidet sich kaum von der entsprechenden Zahl von 1993. Die Zahl der Raubüberfälle ist nahezu konstant geblieben, und die Zahl der Einbrüche ist gar gesunken. Offensichtlich hat sich in dieser Zeit das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit – bei prinzipiell ähnlichen Ausgangsbedingungen – verschärft. Ein Grund für diese Entwicklung dürfte gewesen sein, dass im Jahr 1997 das Thema Kriminalität erstmals in den Wahlkampf Eingang fand, und zwar damals durch die regierende SPD selbst. Damit wurde in größerem Umfang die Kriminalität als wahlrelevantes und bedrohliches soziales Problem definiert.

Weitere vier Jahre später ist es nicht mehr die SPD, die den Anstoß für die Thematisierung setzt, sondern primär die Schill Partei und sekundär die CDU. Und in dem Maße, wie das Thema der Inneren Sicherheit als zentrales Thema im öffentlichen Diskurs anhält und sich auch in der Problemwahrnehmung der Bürger wiederfindet, steigt die Zahl der Anhänger der Schill Partei an: bezeichneten in Telefonumfragen des FORSA Instituts auf eine offene Frage (ohne vorgegebene Antwortkategorien) im März 2001 34 % der Hamburger spontan die Kriminalität als wichtigstes Problem in ihrer Stadt, waren es bereits im Mai 2001 39 %, im Juni 44 % und im August gar 48 %. Zugleich wuchs in dieser Zeit die Zahl derer an, welche die Drogenproblematik als wichtigstes Problem beurteilten: von 14 % im März 2001 auf 21 % im August des gleichen Jahres (DIE WELT 20.9.2001). Ähnlich die Entwicklung in den Umfragen von Infratest dimap (welche Kriminalität und Drogen als Problem zusammengefasst ausweisen): zählten im November 2000 34 % der Befragten Kriminalität, Gewalt, Drogen zu den wichtigsten politischen Themen, lag der Wert im Juni 2001 bei 59 % (Brunner et al. 2001, S. 41).

Die Entwicklung des Wählerpotentials für die Schill Partei folgt der Entwicklung des Problem-

Tabelle 2: Beurteilung der Kriminalität als wichtiges Problem und subjektive Bedrohung durch Kriminalität in der Hamburger Bevölkerung im Zeitverlauf (in %)

	1993	1997	2000
Kriminalität als wichtiges Problem (1)	27	52	52
Fühlen sich durch Kriminalität in ihrer Stadt bedroht (2)	*	60	43

* nicht erfragt

Frageformulierungen: (1) »Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Hamburg? – Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?« (Offene Frage, hier: Ruhe und Ordnung/Kriminalität) (2) »Fühlen Sie sich durch die Kriminalität in Hamburg bedroht?« (Antwortkategorien: Ja-Nein)

Basis: Telefonbefragung der Hamburger Bevölkerung 18 Jahre und älter; Erhebungen jeweils ca. eine Woche vor der jeweiligen Bürgerschaftswahl, jeweils ca. 1000 Befragte

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen (1997, 2001)

sönliche subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger muss davon nicht notwendigerweise berührt werden. Objektive und subjektive Bedrohungen sind nicht ein und dasselbe und lassen sich nicht notwendigerweise voneinander ableiten (vgl. Reuband 1992a,b).⁶ Gleichwohl könnten den Zahlen im Urteil der Bürger über die Bedrohung durch Kriminalität eine gewichtige Rolle zukommen: sie repräsentieren eine kognitive Ressource. Auf sie kann im öffentlichen Diskurs über Sicherheit Bezug genommen werden. Und sie können dadurch zu einer Realität sui generis werden – gemäß dem Thomas Theorem, wonach eine soziale Situation in ihren Konsequenzen real ist, wenn sie als real definiert wird (Thomas 1965).

Zu einer derartigen Praxis, mit Zahlen zur Kriminalitätsbelastung zu argumentieren, ist es

tausende Menschen durchqueren, fand Drogenhandel weithin sichtbar durch Schwarzafrikaner statt. Ob sich in dieser Hinsicht allerdings eine dramatische Verschlechterung im Zeitverlauf vollzogen hat, die das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien und Parolen in der Bürgerschaftswahl aus rein objektiven »Zwängen« erklären könnte, ist fraglich. Denn schon zu Beginn der 90er Jahre gab es am gleichen Ort, vor dem Hauptbahnhof, vorübergehend eine große öffentliche Drogenszene mit Drogenabhängigen, die sich Drogen besorgten und injizierten (vgl. Lange und Renn 1996). Gleichwohl: im Verbund mit anderen Klagen über Fehlentscheidungen des damaligen Innensenators Wrocklage und die unzureichende Kriminalitätsbekämpfung (zu »milde« Jugendrichter, zu knappe Personalstärke im Polizei- und Justizbereich aufgrund von Spar-

bewusstseins, wenn auch nicht parallel, sondern z.T. zeitverzögert. So beläuft sich von Februar bis in den Juli hinein der Anteil potentieller Wähler nahezu konstant auf 8-9 %. Im August – mit Einsetzen des Wahlkampfes – steigt er auf 14 % und im September auf ca. 15–16 % (jeweils gemittelt aus Umfragen, vgl. Statistisches Landesamt Hamburg 2001, S. 43). Die SPD reagiert auf die wahrgenommene Bedrohung durch die Schill Partei u.a. durch Auswechslung ihres Innensensors und ein verschärftes Vorgehen gegen die offene Drogenszene am Hauptbahnhof kurz vor Beginn der intensiveren Wahlkampfphase. Ob dadurch bedingt die Zahl der Bürger sinkt, die im September kurz vor der Wahl die Kriminalität als eines der wichtigsten Probleme bezeichnen (Rückgang von 44 % auf 37 % im September; die Drogenproblematik bleibt mit einem Wert von 22 % konstant)⁸ – oder ob es die Verlagerung der Problematik »Innerer Sicherheit« auf den Terrorismus nach dem 11. September oder andere Gründe sind – kann hier nicht geklärt werden.

Entscheidend ist, dass sich die Innere Sicherheit als zentrales Thema zu dieser Zeit fest etabliert hat und den Bezugsrahmen des politischen Diskurses prägt. Und dies in durchaus nennenswertem Maße: denn würde man die Nennungen für Kriminalität und Drogen zusammenrechnen (Mehrfachnennungen waren möglich), käme man – wie andere Umfragen belegen – auf einen Wert von über 50 %. Es ist eine Zahl, wie sie in der Bundesrepublik zuvor bei Umfragen in anderen Städten kaum jemals zu finden war. Zu diesen wenigen Städten zählt Frankfurt, wo im Jahr 1996 immerhin die Kriminalität von 43 % der Bürger als das wichtigste Problem genannt wurde – weit mehr als Arbeitslosigkeit oder Wohnungsbau als Problem bezeichneten (vgl. Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnermeldewesen 1997, S. 67).

Vergleicht man die Indikatoren für subjektive Bedrohung kurz vor der Bürgerschaftswahl des Jahres 2001 mit denen kurz vor der Bürgerschaftswahl des Jahres 1997, so fällt zweierlei auf: der Anteil derer, welche die Kriminalität als wichtigstes Problem beurteilen, ist konstant geblieben. Und: das Gefühl persönlicher Bedrohung ist paradoxerweise rückläufig (Tabelle 2). Leider gibt es keine weiteren Indikatoren aus dieser oder anderen Erhebungen, die es erlauben würden, den Wandel in der persönlichen Bedrohung eingehender zu dokumentieren und zu analysieren. Der Grund dafür liegt darin, dass die vorliegenden Umfragen in der Tradition der Wahl- und Politikforschung stehen und Fragen zum Themenkomplex Innerer Sicherheit dort traditionell keinen Stellenwert haben.

Dass das Gefühl persönlicher Bedrohung rückläufig ist, und 1997 gar – im Gegensatz zu 2001 – weiter verbreitet ist als das Urteil über die Kriminalität als politisches Problem, stellt zweifellos aber einen bedeutsamen Befund dar, der einer näheren Analyse bedarf. Er dokumentiert, wie sehr objektive und subjektive Bedrohung auseinanderfallen können, und wie sehr bei der subjek-

tiven Bedrohung wiederum die wahrgenommene gesellschaftliche von der persönlichen Bedrohung unterschieden werden muss. Die gesellschaftlich wahrgenommene Bedrohung, wie sie durch die Frage nach den wichtigsten Problemen ermittelt wird, wird eben nicht allein durch persönliche Erfahrungen oder Erfahrungen anderer bestimmt, sondern maßgeblich auch durch die Medienberichterstattung, wie andere Studien belegen. Die Medien üben eine wichtige »Agenda Setting Funktion« aus.

Bedingungen parteipolitischer Mobilisierung und Chancen einer bundesweiten Ausdehnung der Schill Partei

Wenn sich nun aber aus Sicht der Befragten das Kriminalitätsproblem in den letzten Jahren nicht

»Ein Grund für diese Entwicklung dürfte gewesen sein, dass im Jahr 1997 das Thema Kriminalität erstmals in den Wahlkampf Eingang fand, und zwar damals durch die regierende SPD selbst. Damit wurde in größerem Umfang die Kriminalität als wahlrelevantes und bedrohliches soziales Problem definiert«

verschärft hat – wie unsere Daten belegen – dann fragt sich: warum hatte dann die Thematik der Inneren Sicherheit in der Bürgerschaftswahl des Jahres 2001 eine so große Bedeutung und so starke parteipolitische Auswirkungen auf das Wahlverhalten, und warum entfaltet sie nicht schon früher, im Jahr 1997, ihre Wirkung? Zwei Gründe dürften im Wesentlichen dafür verantwortlich sein: Zum einen eine Verschiebung in der Rangordnung der Probleme. Zwar bezeichneten im Jahr 2001 ähnlich viele Bürger wie 1997 die Kriminalität als wichtigstes Hamburger Problem, nämlich rund 52 % (Infratest dimap 2001b, S. 77). Aber noch 1997 war dieses Problem dem der Arbeitslosigkeit nachgeordnet (Infratest dimap 1997, S. 42). Der zwischenzeitliche Wirtschaftsaufschwung in Hamburg, der in maßgeblicher Weise auch ein Erfolg des Hamburger SPD geführten Senates war und von den Bürgern auch wahrgenommen wurde (vgl. Infratest dimap 2001b, S. 71), hat die Rangfolge der Probleme nachhaltig verschoben: das Thema der Arbeitslosigkeit ist hinter das Problem der Inneren Sicherheit zurückgefallen. Was nichts anderes bedeutet als eine de facto Aufwertung

der Sicherheitsthematik in der Prioritätenliste der Bürger.

Zweitens: politische Präferenzen können nur dann parteipolitisch umgesetzt werden, wenn es eine Partei gibt, welche die Thematik aufgreift und repräsentiert. In dieser Hinsicht ist bedeutsam, dass sich die Schill Partei erst rund ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl des Jahres 2001 konstituierte. Sie gewinnt im Lauf der Zeit an öffentlicher Aufmerksamkeit (nicht zuletzt auch durch die Gegenreaktion der etablierten Parteien) und wird zusehends als die Partei wahrgenommen, die auf dem Gebiet der Kriminalitätsbekämpfung besonders engagiert ist. Zeitweise wird sie kurz vor der Wahl gar als die kompetenteste eingestuft (Forschungsgruppe Wahlen 2001, S. 29). Die Tatsache, dass sie von einem Amtsrichter gegründet wurde, der schon lange vor der Parteigründung durch die Hamburger Medien – allen voran Boulevard-Blätter wie die BILD-Zeitung, aber auch das seriöse Hamburger Abendblatt – bekannt wurde und dem der Ruf des Richters »Gnadenlos« voranging, mag entscheidend mit zu diesem Image beigetragen haben. Gleichzeitig dürfte der Bonus, Amtsrichter zu sein, Schill und seiner Partei eine gewisse Respektabilität verliehen haben.

Darüber hinaus stellt die Schill Partei eine neue, »unverbrauchte« Partei dar. Die SPD, die seit Kriegsende nahezu ununterbrochen in Hamburg an der Regierung ist, wird mit negativen Attributen versehen. Eine Mehrheit der Bürger glaubt, z.T. ausgelöst durch Hamburger »Skandale« in der Innen-, Justiz- und Sozialbehörde im Wahljahr, an Filz in den Behörden (Infratest dimap 2001b, S.81; DIE WELT 5.7.2001). Eine Mehrheit bekundet, mit der Arbeit des Hamburger Senats unzufrieden zu sein und will den Wechsel (Infratest dimap 2001, S. 75, 81, 92; DIE WELT 29.8.2001). Gleichzeitig aber gibt es Zweifel an der Kompetenz der CDU. Dass ein CDU-geführter Senat die Probleme in Hamburg besser lösen würde, glaubt nur eine Minderheit (Infratest dimap 2001b, S. 76). Die Schill Partei bietet sich unter diesen Umständen für viele Bürger als eine – wenn auch keineswegs unkontroverse (vgl. u.a. Infratest dimap 2001b, S. 86, 89f, Brunner et al. 2001, S. 46) – Alternative mit Hamburger Lokalkolorit an.

Wie groß sind nun die Chancen, dass die Schill Partei auch bundesweit ähnliche Erfolge haben wird wie in Hamburg? Wenn man den Anteil derer nimmt, die in Umfragen die Kriminalität (im Rahmen einer offenen Frage) als wichtigstes Problem einstufen (vgl. Eisel und Neu 2001, S. 10), sind es um die 6 % der Bundesbürger (und nicht 52 % wie in Hamburg). Fragt man andererseits, ob eine Partei erforderlich sei, die – wie die Schill Partei – »sich primär um das Thema Verbrechensbekämpfung kümmert, oder kümmern sich die im Bundestag vertretenen Parteien ausreichend darum?«, dann meinen einer Infratest dimap Umfrage vom Anfang Oktober 2001 zufolge 48 % der Bundesbürger, es sei bundesweit eine Partei notwendig, die sich

primär um das Thema Verbrechensbekämpfung kümmert. 45 % waren nicht dieser Meinung, der Rest enthielt sich einer Aussage (Kölner Stadtanzeiger 6.-7.10.2001, S.5).

Erfragt man nicht die allgemeine Notwendigkeit einer derartigen Partei, sondern – in spezifischer Form – die eigene Bereitschaft zur Wahl der Schill Partei, liegen die entsprechenden Werte erwartungsgemäß niedriger. Wie hoch sie im Einzelnen ausfallen, hängt davon ab, wie sehr in der Frageformulierung die Wahl der Partei als bloße denkbare Möglichkeit oder als Bestandteil einer konkret zu treffenden Wahlentscheidung spezifiziert wird. Fragt man allgemein, ob man sich vorstellen könnte, die Schill Partei zu wählen, beläuft sich der Anteil der Bundesbürger, die diese Frage bejahen, auf ein Fünftel bis ein Viertel (DIE WOCHE 25.9. 2001, Welt am Sonntag 30.9.2001, FOCUS 46, 2001, S. 56). Fragt man dagegen direkt nach der Wahlentscheidung unter Einschluss der Option »Schill Partei« (»Welche Partei würden Sie bei der nächsten Bundestagswahl wählen, wenn die Schill Partei antreten würde?«), sind es – Umfragen vom November 2001 zufolge – 9 % der Bundesbürger, die in diesem Zusammenhang die Schill Partei nennen (FOCUS 46, 2001, S. 56).

Vergleicht man die auf diese Frage hin geäußerte Parteipräferenz mit der ohne explizite Nennung der Schill Partei (im Rahmen einer vorhergehenden Frage), wird deutlich, dass durch die Existenz dieser Partei auf Bundesebene derzeit in erster Linie der CDU Stimmenverluste drohen, weniger der SPD.⁹ In die gleiche Richtung gehen die Befunde einer FORSA Umfrage aus dem gleichen Monat, in der ermittelt wurde, ob man bei einer Landtags- bzw. Bundestagswahl der Schill Partei die Stimme geben würde. Hier beläuft sich der Anteil der Wähler bei einer Bundestagswahl auf rund 10 %, im Fall einer Landtagswahl gar auf 13 %. Und wie in der zuvor genannten Studie sind es die CDU/CSU-Wähler, die häufiger als Wähler der SPD bekennen, der Schill Partei ihre Stimme geben zu wollen (vgl. DIE WOCHE 7.12.2001, S. 13).

Fragt man nach den Kompetenzen der Schill Partei, so wird der gleichen Umfrage zufolge in erster Linie die Bekämpfung der Kriminalität genannt, gefolgt von der Regelung der Zuwanderung von Ausländern und der Bekämpfung des Terrorismus. Eine besondere Kompetenz in Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder der Modernisierung der Gesellschaft – zwei durchaus zentrale Themen für die Bürger – werden ihr nicht zugetraut. In dieser Hinsicht werden die Kompetenzzuschreibungen reproduziert, die auch schon die Urteile der Hamburger prägen: es war die Bekämpfung der Kriminalität, die als spezifische Domäne der Schill Partei wahrgenommen wurde, und diese hat durch ihr Wahlprogramm und ihren Wahlkampf in Hamburg dazu auch maßgeblich beigetragen.

Noch hält sich die Bekanntheit der Schill Partei in Grenzen. Im September 2001 gaben lediglich 55 % der Bundesbürger an, die Schill Partei zu kennen bzw. von ihr gehört oder ge-

lesen zu haben (DIE WOCHE 25.9.2001). Bis Anfang Dezember 2001 war dieser Wert nur geringfügig gestiegen (auf 62 % in Westdeutschland und 56 % in Ostdeutschland, vgl. DIE WOCHE 7.12.2001, S.13). Ein weiterer Kenntniszuwachs dürfte sicher sein. Aber ob ein Anstieg in der Bekanntheit der Partei längerfristig zu einem Anstieg in der Zahl potentieller Wähler führen wird, bleibt abzuwarten. Aus Querschnittsuntersuchungen, die sich auf Einzelerhebungen beziehen (und keine Trendkomponente enthalten), ergeben sich zwar durchaus Hinweise in diese Richtung (M.Güllner, FORSA, persönliche Mitteilung). Doch muss dies nicht zwangsläufig immer so bleiben. Man wird mehr über das Rekrutierungspotential im Verlauf jener kommenden Landtagswahlen erfahren, bei denen die Schill Partei antreten und im Gefolge des Wahlkampfes ihre Sichtbarkeit erhöhen wird. Die Schätzungen, die bereits jetzt auf der Basis von Umfragen in den einzelnen Ländern – wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – genannt werden (und das Wählerpotential auf rund 20 % beziffern) sind allerdings mit Vorsicht zu behandeln, zumal unter den Bürgern die Arbeitslosenproblematik nach wie vor als gewichtigeres Problem gilt – und deshalb stärker wahlbestimmend sein dürfte – als die Kriminalitätsthematik.

Schlussbemerkungen

In Hamburg ist zum ersten Mal in der Bundesrepublik die Innere Sicherheit zum Hauptthema eines Wahlkampfes geworden, und dies mit erheblichen Konsequenzen für die politische Kultur. Diese indirekten Folgen könnten längerfristig weitaus bedeutender sein als die womöglich nur kurzfristig anhaltenden Erfolge der Schill Partei. Ob mit den Erfolgen der Schill Partei bereits in der bundesdeutschen Politik eine Zäsur gesetzt wurde und sich längerfristig ähnliche Verhältnisse ergeben werden wie in den USA und Großbritannien, wo die Kriminalitätsthematik und der Ruf nach härteren Strafen seit jeher Bestandteil auch von Wahlkämpfen ist und sich ein repressiveres Klima in der Kriminalpolitik entwickelt hat (vgl. Beckett 1999, Garland 2001, Chambliss 2001), bleibt abzuwarten.

Wir wissen derzeit noch zu wenig über die Bedingungen, unter denen sich das Kontroll- und Sanktionsklima in einer Gesellschaft ändert. Vermutlich sind es bestimmte Ereignisse und Mobilisierungsphasen, die mit Formen »moralischer Panik« (Cohen 1972) einhergehen und bei denen »Moralunternehmer« im Sinne Howard S. Beckers (1973) aktiv werden. Diese »Krisen« dienen als Kristallisationspunkt für einen tieferliegenden Wandel in den Orientierungen unter den Bürgern sowie in der politischen Elite und bilden einen Anlass für Änderungen in der Kriminalpolitik. Wäre diese Annahme richtig, würde sich Wandel im nor-

mativen Klima einer Gesellschaft schubweise vollziehen: nach einer Phase der Ruhe würde eine Phase raschen Wandels folgen, die dann wieder in eine Phase der vermeintlichen oder realen Ruhe übergeht.

Der Erfolg der Schill Partei in Hamburg gründet sich in maßgeblicher Weise auf die Wahrnehmung der Kriminalität als soziales Problem. Diese Wahrnehmung erwächst jedoch – anders als oftmals angenommen – nicht zwangsläufig aus der objektiven Bedrohung und deren Veränderungen. Sie ist vielmehr Folge eines Problematierungsprozesses,¹⁰ zu dem zuerst die SPD, später die Schill Partei und die CDU und zweifelsohne auch die Hamburger Medien beigetragen haben. Die Medien haben den Parteigründer Ronald Schill bereits vor der Parteigründung prominent gemacht¹¹ und ihn dadurch, dass sie ihm Raum für Selbstdarstellung gaben, gewollt oder ungewollt zum »Rächer des kleinen Mannes« und Opferanwalt stilisiert.

Nimmt man die gegenwärtigen subjektiven Bedrohungsgefühle in der Bundesrepublik als Maßstab, so gibt es derzeit wenig Anzeichen dafür, dass eine »Law and Order« Partei wie die Schill Partei in nennenswertem Maße an die Bedürfnisse der Bürger appellieren kann. Gleichwohl: würde man die Innere Sicherheit – wie in Hamburg – zum zentralen Thema eines öffentlichen Diskurses machen, ist nicht ausgeschlossen, dass sich ein Prozess entwickeln könnte, bei dem sich – wenn auch wohl nicht so stark wie in Hamburg – das Thema sukzessiv »aufschauelt«. Entscheidend für diesen Prozess wäre, wie sehr soziale Realitäten in die Deutungen der Realität eingehen, und wie sehr sich diese in bestehende oder entstehende Bedrohungsszenarien auf gesellschaftlicher Ebene einfügen lassen.

Ob es zur Wahl einer »Law and Order« Partei kommt oder nicht, ist nicht nur davon abhängig, ob es eine derartige Partei überhaupt gibt und sie auch als solche wahrgenommen wird, sondern auch, wie sehr sich diese als rechtspopulistisch – aber nicht rechtsextrem – darzustellen vermag und durch welche Personen sie repräsentiert wird. Ronald Schill war in dieser Hinsicht insofern im Vorteil, als er über den Bonus des Amtsrichters verfügt, sich durch eigene Urteile als »Hardliner« glaubwürdig gemacht und gegenüber rechtsextremen Ansichten und Parteien öffentlich deutlich abgegrenzt hatte – u.a. durch Verweis auf seinen kommunistischen Großvater, der vom NS-Regime zum Tode verurteilt wurde.

Ob es zur Wahl der Schill Partei kommt, dürfte vermutlich über die subjektive Bedeutsamkeit der Kriminalitätsthematik hinaus maßgeblich auch von der Unzufriedenheit der Bürger mit den etablierten Parteien abhängen. In dieser Hinsicht ist der Tatbestand bedeutsam, dass in Hamburg sich ähnlich wie in anderen Landesteilen längerfristig eine sinkende Wahlbeteiligung an Landtags- und Kommunalwahlen abzeichnet – bei gleichzeitigem Erstarken von Parteien außerhalb des etablierten Parteienspektrums von CDU, SPD, FDP und

Grünen (diese »sonstigen« Parteien stellten in der Hamburger Bürgerschaftswahl von 1993 und 1997 immerhin einen Anteil von 16–17 % der gültigen Stimmen, vgl. die Zahlen in Forschungsgruppe Wahlen 2001, S. 60).

Je größer die Unzufriedenheit unter den Bürgern ist, desto eher wird eine Bereitschaft bestehen, eine Partei zu wählen, von der man eine Änderung der Verhältnisse erhofft. Sorgen um die Kriminalität könnten unter diesen Bedingungen lediglich Ausdruck einer allgemeinen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen sein. Die Kriminalität wäre ein Symbol für diese Verhältnisse, an dem sich der Wunsch nach Änderung auskristallisiert. Wie sich die Entwicklung der Schill Partei in der Zukunft vollziehen wird, wird aus diesen Gründen nicht nur von der Entwicklung in Hamburg abhängen – von den »Erfolgen« der dortigen Kriminalitätsbekämpfung ebenso wie von dem Handeln in anderen Politikfeldern. Sie wird auch von der Entwicklung der allgemeinen Unzufriedenheit der Bürger mit den Parteien und der Wahrnehmung der Schill Partei als »legitime« Protestpartei mitgeprägt sein.

Literatur:

Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen, 1997: Kommunalwahlen 1997 in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main

Becker, H.S., 1993: *Outsiders*. Rev. edition. New York

Beckett, C., 1999: *Making Crime Pay*. Oxford

Brunner, W., J. Graf und V. Neu, 2001: Analysen der Bürgerschaftswahl in Hamburg vom 23.09.2001. Konrad Adenauer Stiftung, Arbeitspapier. St. Augustin

Bundeskriminalamt, 1995–2001: Polizeiliche Kriminalstatistik 1993–2000. Wiesbaden

Bundesministerium des Innern, 1999: Innenpolitische Informationen des Bundesministerium des Innern, N.3, S. 114

Chambliss, W.J., 2001: *Power, Politics and Crime*. Boulder, Col.

Cohen, S., 1973: *Folk Devils and Moral Panics*. London

Eisel, S. und V. Neu, 2001: *Politik Kompaß* Nr. 38. Konrad Adenauer Stiftung. St. Augustin

Forschungsgruppe Wahlen, 1997: *Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 21. September 1997*

Forschungsgruppe Wahlen, 2001: *Wahl in Hamburg. Eine Analyse der Bürgerschaftswahl vom 23. September 2001. Berichte* Nr. 105. Mannheim

Garland, D., 2001: *The Culture of Control: crime and social order in contemporary society*. Chicago

Habich, R., H.H. Noll und W. Zapf, 1999: *Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau*, in: *ISI 22*, S.1–7

Infratest dimap, 1997. *Wahlreport Hamburg 1997*. Berlin

Infratest dimap, 2001a. *Hamburg Trends*, Juni 2001, Tabellen. Berlin

Infratest dimap, 2001b: *Wahlreport Hamburg 2001. Bürgerschaftswahl in Hamburg 23. September 2001*. Berlin

Lange, K.-J. und H. Renn, 1996: *Urban Districts and Drug Scenes*. Luxemburg

Psephos: Die politische Stimmung in Hamburg. Acht Monate vor der Bürgerschaftswahl 2001: Februar. Bonn und Hamburg

Reuband, K.H., 1992a: Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 44, S. 341–353

Reuband, K.H., 1992b: Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit der Bundesbürger für »Law and Order« Kampagnen, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 21, S. 149–147

Reuband, K.H., 1999: Von der Kriminalitäts-hysterie zur Normalität?, in *Neue Kriminalpolitik*, Heft 4, S. 16–19

Reuband, K.H. 2001: Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und die Rolle der Medien, in: U. Cassani, R. Maag und M.A.Niggli, Hrsg., *Medien, Kriminalität und Justiz*. Chur und Zürich, S. 161–183

Schur, E.M., 1980: *The Politics of Deviance*. Englewood Cliffs, N.J.

Spector, M. und J. Kitsuse, 1981: *Constructing Social Problems*. Menlo Park

Statistisches Landesamt Hamburg, 2001: *Wahlverhalten. Analyse der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 23. September 2001*. Hamburg

Thomas, W.L., 1965: *Person und Sozialverhalten*. Neuwied

Anmerkungen:

- Das amtliche Wahlergebnis lautet: SDP 36,5 %, CDU 26,2 %, Schill Partei 19,4 %, Grüne / GAL 8,5 %, FDP 5,1 %, Übrige 4,3 %.
- Bereits bei den Koalitionsverhandlungen wurde deutlich, dass nicht zuletzt aus Gründen der Haushaltslage die Ankündigungen nicht eingehalten werden können. Statt 2000 neuer Polizeistellen wird es 250 neue Angestellte im Polizeidienst geben. Über zusätzliche Stellen für Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger wird erst bei Haushaltsberatungen 2002 entschieden. Statt der beabsichtigten flächendeckenden Videoüberwachung wird es sie nur vereinzelt an Plätzen mit hoher Kriminalitätsbelastung geben. Sicher ist indes die Einrichtung einer geschlossenen Abteilung für jugendliche Intensivtäter. Diese soll möglichst in Kooperation mit anderen Bundesländern und auf anderem Hoheitsgebiet erfolgen. Im Fall der Jugendrichter – die in der Vergangenheit von Schill als zu »milde« gescholten wurden – soll eine Dezentralisierung vorgenommen werden (vgl. *Hamburger Abendblatt* 15.10.2001).
- Der vorliegende Beitrag ist entstanden im Rahmen eines vom Verfasser geleiteten und von

der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts zum Thema Drogenkonsum und Drogenpolitik im innerdeutschen Vergleich (AZ II/76571). Im Rahmen dieses Projekts werden Städte mit unterschiedlicher Drogen- und Kriminalpolitik miteinander in Beziehung gesetzt, darunter auch Hamburg.

- Wir nehmen die Zahl der Delikte und nicht die Zahl der Tatverdächtigen als Maßstab des Vergleichs – wie etwa im Bericht der Hamburger Enquetekommission zur Jugendkriminalität –, weil sich durch sinkende oder steigende Aufklärungsquoten die Zahl der Tatverdächtigen bei konstanter Delikthäufigkeit ändern kann. Auch ist nicht auszuschließen, dass sich durch Veränderungen in der polizeilichen Selektion – z.B. durch Konzentration auf jugendtypische Delikte – die Zahl und Zusammensetzung der Tatverdächtigen ändern.
- Eigene Berechnungen auf der Basis der absoluten Zahlen, die freundlicherweise von der Polizeipressestelle in Hamburg zur Verfügung gestellt wurden. Die Zahlen zur Entwicklung der Strafenraubdelikte entstammen einer Pressemitteilung des Innensenators, vgl. *Hamburger Abendblatt* 5.9.2001
- Die Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen beinhalten zum Teil den Diebstahl von Handys und betreffen in diesem Fall Jugendliche. Wird lediglich eine Subgruppe der Jugendlichen davon betroffen, dürfte sich der Durchschnittsbürger davon kaum tangiert fühlen (allenfalls indirekt, sofern seine eigenen Kinder Opfer werden).
- In relativ kurzer Zeit folgen aufeinander im Wahljahr öffentlichkeitswirksam vorgetragene Klagen verschiedener Vertreter von Polizei und Justiz. Als erstes ist es im März 2001 der Bund deutscher Kriminalbeamter, der an die Öffentlichkeit geht und beklagt, mit derselben Personalstärke wie vor 20 Jahren würde man der neuen Quantität und Qualität des Verbrechens nicht gerecht. Es folgen im Protest im Juni 2000 Hamburger Richter und im Juli 150 Staatsanwälte (vgl. *Hamburger Abendblatt* 9.–10.6.2001, *DIE WELT* 26.7.2001).
- Ein Rückgang findet sich auch in den Infratest dimap Umfragen. Wird der Problembereich Kriminalität/Gewalt/Drogen im Juni 2001 noch von 59 % genannt, sinkt er kurz vor der Wahl auf 56 % (Brunner et al. 2001, S. 41).
- Von dieser Verlustkalkulation zu unterscheiden sind die Verluste, welche die etablierten Parteien in Hamburg erlitten. Danach gewann die Schill Partei Stimmen sowohl von ehemaligen SPD- wie auch CDU-Wählern als auch von Wählern ehemaliger Rechts- und Protestparteien (wie die STATT Partei) sowie Nichtwählern. Besonders hohe Wahlerfolge hatte die Schill Partei in traditionellen Arbeiterbezirken und einstigen SPD-Hochburgen wie Wilhelmsburg oder Harburg (vgl. *Infratest dimap* 2001b, *Statistisches Landesamt* 2001, S. A20).
- Zu den Prozessen, welche mit der Problematisierung sozialer Verhältnisse einhergehen, siehe u.a. Schur 1980, Spector und Kitsuse 1981.
- Im Februar 2001, wenige Monate nach Gründung der Partei, lag die Bekanntheitsquote von Schill bei 81 % (Psephos 2001: Tab. 10, eigene Berechnungen).